

# Herzlicher Dank für engagierte Landtagsarbeit



Am Rande der ersten ordentlichen Sitzung der neuen Linksfraktion im Thüringer Landtag am 1. Oktober dankten Fraktionsvorsitzender Bodo Ramelow und Landesvorsitzende MdL Susanne Hennig-Wellsow den Abgeordneten der LINKEN, die nicht wieder im neuen Landtag vertreten sind, für ihre engagierte parlamentarische und außerparlamentarische Arbeit. Aus Altersgründen nicht erneut angetreten waren Dr. Karin Kaschuba, sie hat dem Landtag seit 1999 angehört und sich vor allem im Wissenschafts- und Hochschulbereich einen Namen gemacht, Heidrun Sedlacik, die ebenfalls drei Wahlperioden im Landtag war und insbesondere in der Petitions- sowie Wohnungspolitik ihre Handschrift hinterließ, und Manfred Hellmann, der als

Energiewende-Politiker wirkte. Matthias Bärwolff vor zehn Jahren als 18-jähriger und jüngster Abgeordneter in den Landtag eingezogen, nimmt ein Studium auf. Dirk Möller, 2012 nachgerückt und als schulpolitischer Sprecher der Fraktion aktiv, hat nur knapp sein Direktmandat im Wahlkreis Weimar nicht erreicht. Auch Maik Nothnagel (wegen Krankheit nicht im Foto) hat leider den Wiedereinzug in den Landtag nicht geschafft, zweieinhalb Wahlperioden hat er als behinderten- und inklusionspolitischer Sprecher eine engagierte Landtagsarbeit gemacht. Er ist zudem Sprecher der Bundesarbeitsgemeinschaft „Selbstbestimmte Behindertenpolitik“ der Partei DIE LINKE und erster Landesvorsitzender des Sozialverbandes Thüringen e.V. ■

## Glückwünsche zu mehrfachen Jubiläen

Die profilierte LINKE Kulturpolitikerin und Landtagsabgeordnete Dr. Birgit Klaubert zu ehren, dafür gab und gibt es in diesen Wochen mehrfache Jubiläums-Gründe - da war einmal der ganz persönliche, ihr 60. Geburtstag, den sie mit zahlreichen Gästen natürlich im Theater ihrer Heimatstadt Altenburg, in die sie vor 40 Jahren gezogen ist, feierte.

Seit der Wende vor 25 Jahren hat sich Birgit Klaubert mit wachsender Kraft und Kreativität in die Politik eingebracht, seit 1990 im Stadtrat von Altenburg (Fraktionsvorsitzende seit 20 Jahren). Jetzt wurde sie zum fünften Mal in den Landtag gewählt, dem sie nunmehr seit 20 Jahren angehört.

Damals in der PDS-Fraktion im Thüringer Landtag war sie von 1995 bis 1999 Fraktionsvorsitzende. Seit 1999, also seit 15 Jahren und in drei Legislaturperioden, war Birgit Klaubert Vizepräsidentin des Thüringer Landtags.

In ihrer Biografie schreibt sie: „Meine politische Leidenschaft gilt der Kultur und der Bildung. Sie sind Voraussetzung für die Gestaltung lebendiger Demokratie. Vor diesem Hintergrund arbeite ich ehrenamtlich in mehreren Vereinen und versuche immer, parlamentarisches



Agieren mit außerparlamentarischen Aktionen zu verbinden.“ Seit vielen Jahren gehört die Landes- und Kommunalpolitikerin dem Aufsichtsrat der Theater & Philharmonie Thüringen GmbH an, zeitweise auch als Aufsichtsratsvorsitzende.

Als Motto für ihr Leben zitiert sie Wilhelm von Humboldt: „Im Grunde sind es immer die Verbindungen mit Menschen, die dem Leben seinen Wert geben.“ Und sie fügt hinzu: „Das heißt für mich: Politik nicht zum Selbstzweck zu betreiben, aufrecht durchs Leben zu gehen und Ehrfurcht vor dem Leben zu haben.“ ■

## Schärfere Sanktionen sind der falsche Weg

Anlässlich des bundesweiten Aktionstages „aufRecht bestehen – Kein Sonderrecht im Jobcenter“ am 2. Oktober unterstützte Ina Leukefeld, Arbeitsmarktpolitikerin der LINKEN, die Forderungen der Erwerbsloseninitiativen. Der Aktionstag richtete sich gegen geplante Verschärfungen der Hartz-IV-Sanktionsregelungen, wie sie nun von einer Bund-Länder-Arbeitsgruppe dem Bundestag zugeleitet werden. „Sanktionsverschärfungen sind der falsche Weg zu guter Arbeit für erwerbslose Menschen. Sie demotivieren und grenzen aus, gerade Menschen in Langzeitarbeitslosigkeit brauchen jedoch Unterstützung und angepasste Arbeitsangebote“, betonte die Abgeordnete.

Die nun öffentlich gewordenen Ergebnisse der Arbeitsgruppe, die unter dem verschleienden Titel „Rechtsvereinfachungen im SGB II“ firmieren, kaschieren mit wenigen positiven Veränderungen eine lange Liste teils drastischer Rechtsverschärfungen. „Die Verlängerung des Regelbewilligungszeitraums, die Abschaffung des Sanktionssonderrechts für Unter-25-Jährige und einige andere gute Details dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, dass die geplanten Veränderungen das Sanktionsregime zementieren und weiter zuspitzen. Der Vorschlag, zukünftig 50 bis 100 Euro pro vermeintliches Vergehen zu kürzen, gefährdet in vielen Fällen bewusst das Existenzminimum, dies hat auch das zuständige Bundesministerium eingeräumt. Zugleich soll es den Sanktionierten überlassen werden, Sachleistungen extra zu beantragen statt sie dann wenigstens automatisch zu gewähren. Aus meiner Sicht ist es menschenunwürdig, das Existenzminimum an mögliche Anträge auf Sachleistungen zu koppeln“, kritisierte die Arbeitspolitikerin.

„Studien des Forschungsinstituts IAB der Bundesagentur für Arbeit belegen eindrücklich, dass Sanktionen nur in wenigen Fällen zu mehr Kooperation führen, oft genug verschlimmern sie die Situation der Menschen und stürzen sie in Apathie. Deshalb bleibt die LINKE bei ihrer Forderung nach einer sanktionsfreien Mindestsicherung, die ein Leben in Würde garantiert und den Menschen, wo nötig, mit Qualifizierung, sozialer Unterstützung und öffentlich geförderter Beschäftigung unter die Arme greift, anstatt ihnen den schwarzen Peter zuzuschieben.“ ■

## DAS LETZTE ...

von **Stefan Wogawa**

### Korpsgeist

Auch heute - ich schreibe meinen Text am 6. Oktober - sind im Neuen Deutschland (ND), der sich selbst als "sozialistisch" bezeichnenden Tageszeitung, wieder Leserbriefe zu den Sondierungsgesprächen von Linker, SPD und Grünen zur Regierungsbildung in Thüringen erschienen. Es geht in den Leserbriefen fast immer um die von den Sondierern namens ihrer Parteien getroffenen Einschätzung der DDR als Unrechtsstaat - und es sind fast alles kritische Reaktionen, meist von Leserinnen und Lesern, die ausweislich ihrer benannten Wohnorte nicht aus Thüringen stammen.

Bei der Veröffentlichung von Leserbriefen ist das ND nicht ehrlich. Mein eigener Brief vom 25. September ist (bisher?) nicht erschienen. Er bezieht sich auf einen am gleichen Tag erschienenen unverschämten Kommentar des für mehrere Ressorts verantwortlichen ND-Redakteurs Uwe Kalbe. "Bigotte Geste" hat der seine Schmähung betitelt. Er weist nicht nur den Begriff Unrechtsstaat zurück, sondern spricht der Linken aufgrund ihrer Zustimmung die Regierungsfähigkeit ab. Kalbes Kommentar atme Geist und Sprache des SED-Zentralorgans, habe ich im nicht abgedruckten Leserbrief geschrieben. Das war das ND nämlich einst. Es hatte eine Machtposition im DDR-Gefüge inne und war gleichzeitig verachtet wegen seiner unterwürfigen Hofberichterstattung.

Der von Kalbe bemühte Vorwurf der Bigotterie, der deutsche Begriff ist Scheinheiligkeit, fällt auf ihn selbst und die für Leserbriefverantwortlichen Mitarbeiter der ND-Redaktion zurück. Korpsgeist ist ihnen offenbar wichtiger als offener Umgang mit Kritik am eigenen Blatt. Das gehörte zu den Zuständen in der DDR, von denen vor 25 Jahren immer mehr Menschen deutlich machten, davon die Schnauze voll zu haben. So wie ich gerade vom ND. ■

## IMPRESSUM

Der LINKE PARLAMENTSREPORT erscheint auf den Seiten 5 bis 10 in **UNSERE NEUE ZEITUNG**.

### Herausgeber:

DIE LINKE. Fraktion im Thüringer Landtag, Jürgen-Fuchs-Str. 1, 99096 Erfurt.

### Redaktion:

Annette Rudolph (V.i.S.d.P.), Stefan Wogawa  
Telefon: 0361 - 377 2293; Fax: 0361 - 377 2321  
E-Mail: rudolph@die-linke-thl.de  
Internet: www.die-linke-thl.de

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Materialien übernimmt die Redaktion des PARLAMENTSREPORTS keine Haftung. Sie behält sich das Recht der auszugsweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck von Beiträgen ist ausdrücklich erwünscht.